Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 42

Artikel: Aspekte der Entwicklungshilfe : 2. Teil

Autor: Nagy, Laszlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076467

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aspekte der Entwicklungshilfe

von Laszlo Nagy II. Teil

Es ist keineswegs gleichgültig, wer die Rolle des technischen Beraters übernimmt. Auch politisch nicht, denn mit der Wahl des Consultings ist die Frage ziemlich entschieden, ob das Unternehmen von der Industrie des Westens ausgeführt wird oder ob es zur kommunistischen Grosszelle eines Staates des Ostblocks wird. Denn es dürfte nur selten vorkommen, dass ein technischer Berater der freien Welt die Ausführung des Unternehmens nicht einer ihm bekannten Firma anvertrauen lässt, deren Name den Erfolg verbürgt und auf die er sich verlassen kann. Dass diese nicht eine staatliche Sowjetfirma irgendeines Satelliten oder Russlands selbst sein wird, ist anzunehmen.

Um Irrtümern vorzubeugen, sei hier darauf hingewiesen, dass der technische Berater, der Consulting Engineer, keineswegs mit dem «Experten» identisch ist, der im Rahmen der offiziellen Entwicklungshilfe — oder auf anderem Wege — der entsprechenden Regierung, auf deren Ansuchen und mit ihrer, seine Person betreffende Zustimmung, zur Verfügung gestellt wird. Dies gilt für staatliche Aufträge grösseren Umfanges. Doch auch bei kleineren, wirtschaftlich weniger interessanten Objekten und privaten Unternehmungen in jenen Ländern besteht dieselbe Gefahr, soweit es die kommunistische Durchdringung des Landes betrifft.

Was über den Einfluss des beratenden Ingenieurs gesagt wurde, stimmt natürlich auch für den Generalunternehmer und für die Unternehmer überhaupt, die sich an der tatsächlichen Ausführung der Arbeiten beteiligen. Sie ergänzen den politischen Einfluss des Consultings und bilden mit ihrem weitaus grösseren Stab von Ingenieuren und Vorarbeitern, sowie den mehr oder weniger verkappten «politischen Beauftragten», die Propagandistenarmee, der die Aufgabe der kommunistischen Infiltrierung der ihr unterstellten Arbeitermassen und der mit ihr sonstwie in Berührung kommenden einheimischen Bevölkerung zufällt. (Es ändert nichts an der Situation, wenn kein beratender Ingenieur angestellt wird, wie es bei den roten Geschäften in der Regel der Fall ist, bei denen sich der Ostblock gar nicht um den Consultingposten bemüht, sondern den Auftrag im Rahmen der bestehenden interstaatlichen Wirtschaftsverträge en bloc, als Generalunternehmer anbietet und übernimmt. In diesem Falle gelangt eben der sowjetische Geschäftsleiter zu demselben Einfluss bei der Regierung.)

Der Verlust der wirtschaftlichen Positionen, das Hinübergleiten der wichtigsten Schlüsselindustrien in sowjetische Hände trägt übrigens noch eine schwerwiegende Folge in sich. Es schadet nämlich ganz gewaltig dem sowieso bereits ausserordentlich angeschlagenen Prestige des Westens, gerade in jenen Ländern, wo es kein grösseres Unheil gibt, als den Verlust des Gesichtes. Es ist merkwürdig, wie wenig der heutige Europäer, vom Amerikaner ganz zu schweigen, dieser seit Alters her bekannten Tatsache Rechnung trägt, ja sich geradezu scheut, das Wort Würde in den Mund zu nehmen. Und doch ist im Osten deren Verlust eine nur sehr schwer wiedergutzumachende Angelegenheit. Das Ueberlassen wichtiger Stellungen an die Sowjets wird daher von den unterentwickelten Völkern als Zeichen der westlichen Schwäche gewertet werden und dem Prestige des Kommunismus zugute kommen. All das sind Dinge, die jede einstige Kolonialmacht genau wusste und denen entsprechend sie handelte.

Das bekannte Beispiel, der Dammbau von Assuan ist, abgesehen von der neuesten Entwicklung um die VAR schon insofern für unsere These weniger geeignet, als hier seinerzeit beim Westen eine politische Ueberlegung der eingenommenen Haltung zugrunde lag. Die damalige amerikanische Weigerung, den Bau zu finanzieren und auszuführen, stützte sich auf die Spekulation, Nasser in die Knie zu zwingen. Wie immer diese Linie zu beurteilen war, sie stellte in diesem Falle doch nicht die gedankenlose Ueberlassung eines Unternehmens an den Osten dar.

Anders lag die Sache im Yemen, das bis vor kurzem jeder auswärtigen Beeinflussung vollkommen unzugänglich war. Da kamen die Amerikaner, um auf Ansuchen des Königs — der neidisch das riesenhafte Anwachsen des Reichtums Saudi-Arabiens mitansah — nach Oelquellen zu forschen. Leider waren ihre Bemühungen von keinem Erfolg gekrönt und sie verloren daher das Intersse am Land. Für eine Oelgesellschaft der einzig richtige Standpunkt, da sie da ist, um Oel zu finden und nicht um Weltpolitik zu betreiben (oder doch nur soweit als es das Oel angeht!). Yemen ist aber in Bewegung geraten und zog bald die Aufmerksamkeit der Sowjets auf sich. Die kümmerten sich nicht ums Oel, sondern übernahmen statt dessen den Ausbau des Hafens von Hodeida, der teilweise bereits im April 1961 übergeben worden ist und dessen Fertigstellung schon 1962 erfolgen soll. Gleichzeitig ist aber Yemen auch zu einer Unterseebootsbasis von Russland geworden. Es stationieren dort heute sowjetische U-Boote, und so hat sich der Kommunismus bereits auch im Roten Meer fest eingenistet.

Ein weiterer typischer Fall ereignete sich kürzlich im Irak. Ein sehr bedeutendes hydroelektrisches Werk gelangte schon vor Jahren zur Ausschreibung, bzw. der Posten eines beratenden Ingenieurs für dieses Projekt. Die Entscheidung zog sich, infolge der politischen Ereignisse im Irak, bis zu diesem Jahre dahin. Eine bekannte westeuropäische Gesellschaft bewarb sich unter andern um die Stellung und hatte gute Aussichten. Da erschien einer der roten Satellitenstaaten und bot an, das Werk im Rahmen des betreffenden interstaatlichen Wirtschaftsabkommens als Generalunternehmer auszuführen, wobei der Posten des Consulting Engineers eingespart und ausserdem sehr langfristige Kredite gewährt wurden. Da die Stimmung seit der Revolution sich bedeutend zum Nachteil der Roten geändert hatte, bestand die Möglichkeit, das Angebot des Satellitenstaates abzulehnen und doch noch die Westfirma als Consulting beauftragen zu lassen. Nun zog sich aber diese freiwillig zurück und zeigte keine Lust mehr, die für verloren gehaltene Sache noch weiter zu verfolgen. Mit voller Berechtigung berief sie sich dabei auf die immer noch sehr wenig stabile Lage im Irak, auf das Risiko all der in Aussicht stehenden Unannehmlichkeiten, denen kein entsprechender Gegenwert entgegenstehen soll und auf alle Gefahren, die dieses, in der heutigen politischen Lage des Landes sicher nicht allzu gesundes Unterfangen gefährden. Niemand kann es der Firma verübeln, wenn sie die Lust verloren hat, im Irak zu arbeiten. Sie ist eine freie Gesellschaft, die ihren Aktionären gegenüber verantwortlich ist und nicht eine wirtschaftliche Waffe in der Hand irgendeines Diktators, der seine Kräfte dort und dann und so einsetzt, wie es die momentane Politik der Welteroberung verlangt.

Aber das grosse Unternehmen im Irak, das eine gewisse Schlüsselstellung einnehmen wird, da es gewaltig zur Bewässerung des Landes und zur elektrischen Versorgung seiner Industrie beitragen soll, ist dennoch sang- und klanglos in die Hände Moskaus gefallen. Mit ihm nicht nur ein Geschäft von einigen 50 Millionen Schweizer Franken, sondern eine unbezahlbare, bequeme grosse Zelle, aus der man die kommunistische Offensive leicht wird vortragen können.

Nun ist die grosse Frage, wie man diesen offensichtlichen Missständen beikommt. Der Westen kann und soll nicht mit diktatorischen Massnahmen die eigene freie Industrie zur Uebernahme von Geschäften zwingen, die ihr keine Freude machen, vor denen sie sich scheut und von deren wirtschaftlichem Erfolg sie nicht überzeugt ist. Eine demokratische Regierung wäre hierzu übrigens gar nicht in der Lage, und es würde an allen grundlegenden Freiheiten des Westens rütteln, wollte sie es versuchen. Trotzdem müssen aber Mittel und Wege gefunden werden, das Ziel dennoch zu erreichen. Es dürfte doch nicht so schwierig sein, grosse Weltfirmen, Konsortien und andere bedeutende Gesellschaften dazu zu bewegen, sich mit lebhafterem Interesse an Geschäften dieser Art zu beteiligen, bzw. sich mit mehr Energie der kommunistischen Konkurrenz zu erwehren.

Ebenso, wie die technische Hilfe an die unterentwickelten Länder, unter Bereitstellung gewaltiger Mittel, international organisiert wird, müsste auch diese friedliche wirtschaftliche Konkurrenz international unterstützt und durch Uebernahme von Garantien, Gewährung von Krediten und anderer finanzieller Erleichterungen, ja selbst durch irgendeine Form von Prämiierung angespornt werden.

In allererster Linie müssten sich aber die Institutionen, die heute die Entwicklungshilfe leiten, über die oben geschilderten Gefahren klar werden, die geeignet sind, ihre gesamte Arbeit illusorisch zu gestalten. Mit einer entsprechenden Propaganda wird auch die Unterstützung der öffentlichen Meinung zu erringen sein.

Seien wir uns klar darüber — man kann es nicht oft genug wiederholen —, dass unter den gegebenen Umständen jedes Ueberlassen einer wichtigen wirtschaftlichen Position in den unterentwickelten Ländern an den Osten einer verlorenen Schlacht gleichkommt. Trösten wir uns nicht damit, dass der Westen in der Vergangenheit noch jede Schlacht verloren hat — ausser der letzten.